

## Anfragen zum Plenum in der 13. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem laut dem Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg gGmbH sich die Biogas-Produktion in Deutschland in den kommenden fünf bis zehn Jahren verdoppeln ließe, falls auf Reststoffe bspw. Biomüll, Grünschnitt und Gülle zurückgegriffen werden würde, wo gibt es in Bayern noch keine Biotonne (Angabe bitte möglichst aufgliedert nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten oder prozentual nach Haushalten insg.), welchen prozentualen Anteil haben Reststoffe bisher an der Energieerzeugung in Biogasanlagen und wird der Ausbau der Energieerzeugung durch Biogasanlagen unter Verwendung von Reststoffen seitens der Staatsregierung gegenwärtig weiterverfolgt?

**Benjamin Adjei**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern hat sich die im Entwurf des Digitalgesetzes formulierte Position der Staatsregierung, dass die Behörden standardmäßig die BayernID als Nutzerkonto anbinden müssen, geändert, wie passt der mit dem Saarland abgestimmte Vorstoß von Staatsministerin für Digitales Judith Gerlach das Nutzerkonto Bund als bundesweit einheitlichen Verwaltungszugang zu nutzen, zu Art. 29 im Entwurf des Bayerischen Digitalgesetzes und folgt aus dieser Überlegung, dass die BayernID mittelfristig abgeschafft wird?

**Horst Arnold**  
(SPD)

Im Hinblick auf die durch das Polizeiaufgabengesetz-Neuordnungsgesetz vom 18. Mai 2018 in Art. 33 Abs. 4 Polizeiaufgabengesetz (PAG) erstmals normierte Ermächtigungsgrundlage für die technische Erfassung von Personen mittels automatisierter Bild- und Tonaufzeichnungen mit körpernah getragenen Aufnahmegeräten (sog. Bodycams) frage ich die Staatsregierung, wie oft vom 25. Mai 2018 bis zum Zeitpunkt der Beantwortung der gegenständlichen Anfrage durch sie keine verarbeitungsfähigen Aufzeichnungen i. S. d. Art. 33 Abs. 4 Satz 2 PAG von Bild- und Tonerfassungen betroffener Personen angefertigt wurden, wie oft im Zeitraum vom 25. Mai 2018 bis zum Zeitpunkt der Beantwortung der gegenständlichen Anfrage in Wohnungen Bodycams nach Art. 33 Abs. 4 Satz 3 PAG durch die Polizei zum Einsatz gekommen sind und – im Hinblick auf Art. 33 Abs. 4 Satz 5 PAG i. d. F. d. Gesetzes vom 23. Juli 2021 – in wie vielen Fällen zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten (bitte mit Angabe der genauen Bezeichnung des jeweiligen Tatvorwurfs) Bodycam-Aufzeichnungen von der Polizei an die Staatsanwaltschaften oder die zuständige Verwaltungsbehörde übermittelt bzw. von der Polizei selbst zur Abwehr anderer Gefahren zweckändernd genutzt worden sind?

**Inge Aures**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, weil im Haushaltsentwurf der Staatsregierung für 2022 50 Mio. Euro für Projekte des Ausbaus und der Elektrifizierung des Schienenpersonennahverkehrs veranschlagt sind (Kap. 13 18 Tit. 891 72) welche Elektrifizierungsprojekte und Ausbauprojekte (bitte mit Nennung der Strecken) sollen damit elektrifiziert werden, in welchem Zeitraum sollen die Projekte jeweils umgesetzt werden und auf welche Summen werden die Kosten der Projekte jeweils geschätzt (bitte unter Nennung der Höhe der Vorfinanzierung bzw. des Finanzierungsanteils des Freistaates und des Bundes)?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen wird gerade das Areal für die geplante Eventhalle nicht mehr für das Vorranggebiet Flughafenentwicklung im Rahmen des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) benötigt, nach welchen Kriterien bewertet die Flughafen München GmbH (FMG), ob sie eine Fläche des Vorranggebiets noch benötigt, und welche weiteren Flächen aus dem Vorranggebiet Flughafenentwicklung werden nicht mehr für die Zwecke des Flughafens benötigt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass nun für die geplante Eventhalle ein großes Areal im Kernstück des Vorranggebiets für Flughafenfremde Zwecke veräußert werden soll?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, da der Agrarbericht erst ab dem Jahr 2 000 online zur Verfügung steht, wie sich z. B. durch Flächenstilllegungen, Bebauungen etc. die Gesamtgröße der in Bayern zur Verfügung stehenden Ackerflächen seit 1946 bzw. in Zukunft, z. B. bis zum Planungsstand 2030, entwickelt hat bzw. entwickeln soll (bitte unter besonderer Ausweisung des Umfangs der stillgelegten Ackerflächen – darunter auch die in Blumenwiesen umgewandelten Ackerflächen – z. B. in Fünf-Jahres-Schritten angeben und für die Jahre 2018 bis 2023 jahresweise offenlegen), in welchem Umfang die oben angefragten Ackerflächen jeweils zur Gewinnung von Lebensmitteln, Tierfutter, Energie etc. derzeit genutzt werden bzw. nach gegenwärtiger Planung in Zukunft genutzt werden sollen (bitte wie oben offenlegen und bei Gewinnung von Energie auf Ackerflächen zur unmittelbaren Gewinnung von Strom z. B. durch Solarkollektoren und zur Gewinnung von Strom durch Energiepflanzen ausdifferenzieren) und welche Instrumente stehen der Staatsregierung derzeit zur Verfügung, um sicherzustellen, dass die auf Basis der oben abgefragten Ackerflächen gewonnenen Lebensmittel nicht ins Ausland verkauft werden oder durch den Handel zurückgehalten werden, z. B. um hierdurch eine künstliche Verknappung und damit höhere Preise beim Endkunden durchzusetzen, sei es durch echte Verknappung, z. B. durch Verkauf dieser Lebensmittel in andere Märkte z. B. im Ausland, in denen sich höhere Preise erzielen lassen, sei es durch künstliche Verknappung, indem z. B. Waren durch den Handel zurückgehalten werden, in Spekulation darauf, dass durch künstliche Verknappung höhere Preise durchgesetzt werden können, oder indem das Billigsegment nicht mehr beliefert wird, sodass der Kunde gezwungen wird, ersatzweise gelieferte Premiumprodukte zu kaufen etc. (bitte hierzu offenlegen, in welchem Umfang in jedem der letzten fünf Jahre jährlich in Bayern produzierter Weizen nach außerhalb von Bayern, insbesondere ins Ausland, verkauft wurde)?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts von Medienberichten über einen Vorfall bei der AfD-Kundgebung am 5. März unter dem Motto „Gesund ohne Zwang“ auf dem Königsplatz in München, bei der ein Versammlungsredner auf der Bühne einen Hitler-Gruß gezeigt haben soll, frage ich die Staatsregierung, welche Kenntnisse sie über den Stand der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft 1 in München hat, ob es sich bei der tatverdächtigen Person, die auf einem Video dokumentiert ist, um einen Amts- und bzw. oder Mandatsträger der AfD handelt und welche neuen Erkenntnisse die Durchsuchung der Geschäftsräume des AfD-Landesverbandes ergeben haben.

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Nachdem die EU aufgrund des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine Sanktionen gegen Russland, insbesondere auch gegen die russische Führung, Politiker und Oligarchen verhängt hat, frage ich die Staatsregierung, welche russische Firmen, Einzelpersonen und Oligarchen, die in Bayern tätig sind oder hier ihre Geschäfts- bzw. Wohnsitze haben, unter die Sanktionen fallen, welche Maßnahmen seit Inkrafttreten und Ausweitung des Umfangs der Sanktionen in Bayern bzw. von Behörden getroffen wurden und welche Maßnahmen bisher insbesondere gegen Alisher Usmanov und seine Firmen ergriffen wurden?

**Dr. Markus Böhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie sicherstellt, dass das ÖPNV- und SPNV-Angebot einschließlich freigestelltem Schülerverkehr angesichts der derzeit hohen Dieselpreise ohne Einschränkungen aufrechterhalten werden kann, wie hoch sie das Risiko einschätzt, dass sich Verkehrsunternehmen angesichts der derzeit hohen Dieselpreise von ihrer Betriebspflicht (teil-)entbinden lassen und wie die Staatsregierung dazu steht, die aus den derzeit hohen Dieselpreisen resultierenden Mehrkosten für die Verkehrsunternehmen nachträglich über erhöhte ÖPNV-Zuweisungen bzw. über die FAG-Mittel nach Art. 10 auszugleichen?

**Michael Busch**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Entscheidung einzelner Kliniken ein Besuchsverbot auf der Entbindungsstation für den kompletten Geburtsvorgang auszusprechen unabhängig vom Coronaschutzstatus der Begleitperson?

**Kerstin Celina**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund des Angriffskriegs in der Ukraine, dass auch Kinder und Jugendliche fliehen müssen, die bis jetzt in Kinderheimen gelebt haben, frage ich die Staatsregierung, welche Planungen bezüglich der Unterbringung, medizinischen Versorgung und Rehabilitation von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen, die aus Heimeinrichtungen im Kriegsgebiet evakuiert werden, gibt es, wie will sie die medizinische Versorgung und den Zugang zu Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sichern, die in Begleitung von Angehörigen in Bayern ankommen, und inwieweit plant sie sich an der Kostenübernahme bei der medizinischen Versorgung und Rehabilitation von Flüchtlingen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen zu beteiligen?

**Dr. Anne Cyron**  
(AfD)

Der Staatsminister für Gesundheit und Pflege, Klaus Holetschek, forderte unlängst, dass die aktuelle Übergangsregelung bzgl. der Coronamaßnahmen mindestens um vier Wochen verlängert werden soll und deshalb frage ich die Staatsregierung, welche Coronamaßnahmen will sie über den 2. April 2022 hinaus an Bayerns Schulen aufrechterhalten (bitte genau erläutern), welche rechtliche oder epidemiologische Grundlage würde es erlauben, entgegen dem Infektionsschutzgesetz des Bundes weiterhin die Masken- und Testpflicht an Bayerns Schulen aufrecht zu erhalten (bitte die rechtlichen Grundlagen genau erläutern sowie aktuelle epidemiologische Grundlagen und Referenzen für die derzeit gültigen Coronamaßnahmen an Bayerns Schulen erläutern) und welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, um die Masken- und Testpflicht an Bayerns Schulen komplett aufzuheben (bitte die Voraussetzungen wissenschaftlich und epidemiologisch genau erläutern)?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mittel wurden bereits aus dem DigitalPakt Schule abgerufen (bitte nach Jahren aufschlüsseln), wie viele Mittel wurden aus den Richtlinien zur Bayerischen IT-Administrationsförderung (BayARn/Land bzw. BayARn 2) abgerufen (bitte nach Jahren aufschlüsseln) und wie viele Schulen haben derzeit sowohl flächendeckendes WLAN als auch eine Breitbandanbindung über 50 Mbit/s (bitte nach Regierungsbezirken sowie Schularten aufschlüsseln und den Prozentsatz angeben; vgl. Frage 8c auf Drs. 18/9654)?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum werden Geflüchtete, die sich schon länger in Bayern aufhalten, aus den Flüchtlingsunterkünften umverteilt und somit aus ihre Lebensumfeld gerissen, sodass der Eindruck entsteht, ukrainische Geflüchtete haben einen Vorrang, warum halten Ausländerbehörden an aufenthaltsbeendenden Maßnahmen bei russischen Geflüchteten fest und erteilen deshalb keine Arbeits- und Ausbildungserlaubnisse und auch keine Aufenthaltserlaubnisse für diese Gruppe, obwohl keine Abschiebungen derzeit nach Russland möglich sind und wie viele Übergriffe wurden in Flüchtlingsunterkünften gegen Frauen und Mädchen in den Jahren 2019/2020/2021/2022 gemeldet (bitte nach Jahren, Art des Übergriffs und die Unterkunftsformen ANKER, zentrale und dezentrale Unterkünfte auflisten)?

**Albert Duin**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Maßnahmen unterstützt sie den Heimatschutz der Bundeswehr, welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, auf Ebene des Freistaates den Freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz zu stärken und welche Kontakte bestehen seitens der Staatsregierung zum Heimatschutz der Bundeswehr?

**Martina Fehlner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche aktuellen Erkenntnisse hat sie zur Lebensmittelverschwendung in Bayern, in welchen Bereichen sieht sie besonderen Handlungsbedarf und welche Maßnahmen beabsichtigt sie folglich?

**Matthias Fischbach**  
(FDP)

Angesichts der jüngsten Ankündigungen zum Start der Bayern-Cloud Schule nach Ostern und der Umbenennung des mebis-Newsletters in „BayernCloud Schule-Newsletter“ frage ich die Staatsregierung, welche Entwicklungen sich bezüglich der Bereitstellung der namensgebenden Cloudspeicher-Komponente insbesondere im Verlauf des dazugehörigen Ausschreibungsverfahrens KoKo22 seit dem Vollzugsbericht vom 27.09.2021 ergeben haben (bitte hierbei auch die im Januar 2022 bekanntgemachten Änderungen im Vergabeverfahren und die Mitwirkung der IABG – Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH hierbei erläutern sowie Anzahl, Art und weitere Auswahl der Bewerber beschreiben sowie auf die folgenden Schritte, insbesondere den erwarteten Einführungstermin des pädagogischen virtuellen Arbeitsplatzes, eingehen), wie nach der im Oktober 2021 bekanntgegebenen, erfolglosen Ausschreibung von Los 2 des Programm-Managements der BayernCloud Schule für die einzelnen Bestandteile dieses Loses jeweils weiter verfahren wurde (bitte auf die Rollen und CPV-Codes im Einzelnen eingehen, Maßnahmen zu deren Ersatz beschreiben und insbesondere die erst nach meinen Anfragen zur IABG erfolgten Vergabeverfahren inkl. deren Zuschnitt erklären) und wie die zur ursprünglichen Auswahl der IABG führende Anfrage beim Auftragsberatungszentrum Bayern e. V. im Detail ablief (bitte Datum und Inhalt der Benennungsanfrage, insbesondere angegebene Leistungsbeschreibung, Auftragswert, vorgesehene Vergabeart, zur Beteiligung beabsichtigte Unternehmen, gewünschte Anzahl weiterer zu benennender Unternehmen, entsprechend des eingereichten Formulars wiedergeben sowie Antwort inklusive Benennungstermin, Anzahl, Name und Standort der weiteren dort benannten Unternehmen darstellen)?

**Anne Franke**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Neben der Bundesregierung (u. a. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – BMZ) bieten auch Landesregierungen (z. B. Baden-Württemberg durch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit) finanzielle Förderungen für entwicklungspolitische und friedenspolitische Bildungsarbeit an, wohingegen in Bayern keine großen staatlichen Fördergeber in diesem Bereich aktiv sind, weshalb ich die Staatsregierung frage, welche finanziellen Förderungen der friedenspolitischen Bildungsarbeit in Bayern es von Seiten der Staatsregierung gibt und welche außerschulischen Initiativen und Organisationen dadurch bislang in welcher Höhe gefördert wurden?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Anlässlich aktueller Meldungen (z. B. Bayerischer Rundfunk vom 23.03.2022), dass die von den regionalen Planungsverbänden ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Windenergie von der 10H-Abstandsregel für Windenergieanlagen ausgenommen werden sollen, frage ich die Staatsregierung, bis wann sollen die von den regionalen Planungsverbänden ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Windenergie von der 10H-Abstandsregel für Windenergieanlagen ausgenommen werden (d. h. bis wann plant sie, entsprechende Gesetzesänderungen auf den Weg zu bringen), bis wann sollen regionale Planungsverbände ohne Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Windenergie diese nachliefern (bitte unter Angabe der zeitlichen Planung und des Zeithorizonts) und wird es eine Vorgabe geben, welcher Flächenanteil in den Planungsregionen mindestens für Windkraft vorzusehen ist (bitte unter Angabe des geplanten Prozentanteils)?

**Barbara Fuchs**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Umsatz erwirtschaften die einzelnen Amazon-Standorte – nach Kenntnis der Staatsregierung – in Bayern, wie hoch war das Gewerbesteueraufkommen der jeweiligen Gemeinden durch Amazon und wie viele Personen beschäftigt das Unternehmen – nach Kenntnis der Staatsregierung – je Standort seit dem Jahr 2018 (bitte einzeln aufgeschlüsselt pro Jahr und je bayerischem Amazon-Standort)?

**Richard Graupner**  
(AfD)

Angesichts mehrfacher öffentlicher Äußerungen des Staatsministers des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann, aus der Ukraine einreisende Migranten nur mit gültigem Visum oder – für Drittstaatler – mit entsprechend gültiger Aufenthaltsberechtigung in Bayern aufnehmen zu wollen und alle über die Ukraine Einreisenden erkenntnisdienlich zu behandeln (vgl. z. B. <sup>1</sup>, <sup>2</sup>), frage ich die Staatsregierung, wie sie sich erklärt, dass letzte Woche eine Gruppe mutmaßlicher Sinti und Roma, die zuvor Medienberichten zufolge ohne gültige Papiere aus der Ukraine eingereist war, in Miesbach lautstark die Unterbringung in einem 3-Sterne-Hotel fordern konnte <sup>3</sup>, wie viele weitere tatsächlich oder vorgeblich über die Ukraine eingereiste Migranten sich nach Kenntnis der Staatsregierung derzeit ohne gültige Papiere in Bayern aufhalten und welche aufenthaltsbeendenden Maßnahmen die Staatsregierung gegenüber diesem Personenkreis einzuleiten gedenkt?

---

<sup>1</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=CdGbz-1ekA>

<sup>2</sup> <https://www.br.de/nachrichten/meldung/herrmann-fordert-fluechtlinge-erkennungsdienslich-zuidentifizieren>

<sup>3</sup> <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/fluechtlinge-miesbach/?fbclid=IwAR0h5tfzqXUAUUWI8HIEmLBHSPiYtt5u7H0KU8VjN7ltoQ4MYkNKfK9sw>

**Martin Hagen**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die vier Tabellen aus der Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Matthias Fischbach zum Plenum am 15.03.2022 bis zum letztmöglich darstellbaren Zeitpunkt fortgesetzt darstellen, welche Schlüsse über den Einfluss der Aufhebung der Maskenpflicht im Unterricht sich daraus ziehen lassen und welche Erkenntnisse sie über die absolute und relative Gesamtzahl der seit Beginn der Pandemie mit Corona bzw. den unterschiedlichen Varianten infizierten Kinder und Jugendlichen im Schüleralter hat (falls keine Studien zur Seroprävalenz vorliegen, genügt auch die alleinige Angabe der kumulierten Infektionszahlen je Altersgruppe)?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie aktuell und perspektivisch (auf zehn Jahre) die Situation für eine flächendeckende ausreichende haus- und fachärztliche Versorgung in den Landkreisen Würzburg, Kitzingen, Schweinfurt, Bad Kissingen, Rhön-Grabfeld und Hassberge, (bitte mit Benennung der Gemeinden die in diesen Landkreisen (besonderen) Anlass zur aktuellen und perspektivischen Besorgnis einer nicht ausreichenden Versorgung geben) und wie steht sie zur Sicherung der haus- und fachärztlichen Versorgung durch die Landkreise (bzw. der Unternehmen der Landkreise) zur Gründung von medizinischen Versorgungszentren, insbesondere wie beurteilt sie deren kommunalrechtliche Zulässigkeit und Genehmigung?

**Christina Haubrich**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die Impfquote der Geflüchteten in Bayern, die aus der Ukraine zu uns kommen, wie wird dieser Status erfasst und welche Informationen liegen zu den Impfstoffen, mit dem diese Personengruppe geimpft wurde vor?

**Elmar Hayn**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Bericht aus der Kabinettsitzung vom 22. März 2022, Punkt 4: Förderung von Social Entrepreneurship / Neuer Social-Start-up-Hub Bayern, frage ich die Staatsregierung, wie sieht das Konzept zur weiteren Förderung des sozialen Unternehmertums konkret aus, wo wird der angekündigte Social-Start-up-Hub Bayern angesiedelt und wie wird sichergestellt, dass dieser nicht nur punktuell, sondern bayernweit Wirksamkeit entfalten kann?

**Dr. Wolfgang Heubisch**  
(FDP)

Nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung am 25. März 2022 (online-Ausgabe) eine mögliche Abkehr („Pause zum Denken“) vom geplanten Konzerthaus im Werksviertel in München angekündigt hat, frage ich die Staatsregierung, was der Ministerpräsident unter einer Denkpause hinsichtlich der laufenden Planungen und Arbeiten an dem Projekt versteht, in welcher Höhe bislang finanzielle Mittel in die Planung des Projekts geflossen sind (bitte nach Kostenarten aufgliedern) und was die angekündigte Denkpause des Ministerpräsidenten für die im neuen Konzerthaus geplanten notwendigen und umfassenden Projekte der kulturellen Bildung bedeutet?

**Alexandra Hiersemann**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund meiner Schriftlichen Anfrage bezüglich der WLAN-Ausstattung in Asylaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften (Drs. 18/18190), der bayernweiten WLAN-Versorgungslücke sowie der nun wachsenden Nachfrage an Plätzen in diesen Einrichtungen durch die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine, frage ich die Staatsregierung, welche Fortschritte wurden im vergangenen halben Jahr erzielt, um ANKER-Zentren und deren Unterkunfts-Dependancen sowie Gemeinschaftsunterkünfte und dezentralen Unterkünfte mit flächendeckendem WLAN auszustatten (bitte aufgeschlüsselt nach Unterkunftsart mit Bezugnahme auf die zur Verfügung stehende Bandbreite in Mbit/s angeben), ob weitere WLAN-Installationen – über die Schriftliche Anfrage hinaus – geplant sind und welches Fazit sie im Hinblick auf den seit 1. Juli 2021 eingerichteten Beratungssupport zieht (bitte begründen sowie Anzahl und Art der Nachfragen nach dem Beratungssupport aufzuführen)?

**Dr. Helmut Kaltenhauser**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie, wie etwa das Land Niedersachsen (vgl. Welt am Sonntag, 20.03.2022), neu verfügbare Luftbilder verwendet, um geometrische Fehler in den Bestandskarten Bayerns zu identifizieren, bis wann solche aktualisierten Katasterkarten zur Verfügung stehen sollen und ob diese bereits bei der Neuermittlung der Grundsteuer eine Rolle spielen sollen?

**Annette Karl**  
(SPD)

Da im aktuellen Haushaltsentwurf im Landwirtschaftsetat in einem neu ausgebrachten Titel Zuschüsse aus dem Europäischen Wiederaufbaufonds in Höhe von 77,2 Mio. Euro ausgewiesen sind, frage ich die Staatsregierung, welche Projekte bzw. Maßnahmen aus Bayern sind zur Förderung aus dem Wiederaufbaufonds der EU vorgelegt, welche Förderzusagen aus Brüssel gibt es bereits (bitte mit Angabe der Höhe der Fördermittel) und welche Maßnahmen bzw. Projekte können zur Förderung aus dem Wiederaufbaufonds noch bei der EU eingereicht werden?

**Christian Klingen**

Vor dem Hintergrund, dass die Ludwig-Maximilians-Universität München herausgefunden hat, dass mehr als jedes dritte Rind in Tierbeseitigungsanlagen vor seinem Tod gelitten hat und dass es keine veterinärmedizinischen Untersuchungen vor der Beseitigung der toten Rinder gibt, frage ich die Staatsregierung, weshalb solche veterinärmedizinischen Untersuchungen vor der Beseitigung der Kadaver in Tierbeseitigungsanlagen nicht durchgeführt werden, warum es so viele tierschutzrechtliche Verstöße bei der Rinderhaltung gilt und ob diesbezüglich die Kontrollen der zuständigen Veterinärämter bei den Rinderhaltern erhöht werden müssen?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit einer gehäuften Zahl von Übergriffen von Patienten im Bereich § 63 des Strafgesetzbuches (StGB) gegenüber dem Personal und Patienten untereinander in der Forensik im Bezirkskrankenhaus Lohr am Main, frage ich die Staatsregierung, welche kurzfristigen Maßnahmen plant sie, um zukünftig die Sicherheit von Personal und Patienten zu gewährleisten, in welchem Stadium sind die Planungen für eine bauliche Erweiterung des Bezirkskrankenhauses Lohr am Main inklusive Einzelzimmern und besonders gesicherten Räumen und bis wann wird der Erweiterungsbau planmäßig fertiggestellt?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft mussten im Jahr 2021 (falls noch nicht vorliegend, Jahr 2020) bei der Werksfeuerwehr Technische Universität München (TUM) Bereich Forschungsreaktor Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz (FRMII) Einsatzfahrzeuge wegen Personalmangels (Stelle unbesetzt, Krankheit, sonstiges) außer Dienst gemeldet werden, wie oft wurden zur Besetzung der Fahrzeuge externe Dienstleistungsunternehmen beauftragt und welche Kosten wurden aufgrund dieser Dienstleistungen ausgelöst?

**Sebastian Körber**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich der Fahrradanteil am Verkehrsaufkommen (Modal Split) gemäß Anteil der Wege in Prozent seit dem Jahr 2014 in Bayern geändert hat (bitte um Darlegung je Jahr seit 2014 bis heute im Vergleich zu allen weiteren Bundesländern Deutschlands), inwiefern sie das Ziel von 20 Prozent Fahrradanteil am Verkehrsaufkommen (Modal Split) bis 2025 gemäß Koalitionsvertrag für realistisch erachtet (bitte um Darlegung der Art der Evaluierung) und welche Maßnahmen (nebst Änderung im Bayerischen Straßen- und Wegegesetz – BayStrWG) notwendig sind, um dieses Ziel zu erreichen?

**Andreas Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Mittel erhalten die Schulträger, die die Pflegefachhelferausbildung in Bayern anbieten, wie haben sich die Rahmenbedingungen (Praxisanleitung, Schulgründung) seit der Pflegeberufereform verändert (bitte nach privaten und öffentlichen Trägern unterscheiden) und wie ist der Stand des Projektes zur Erprobung der Zusammenfassung der Altenpflegefachhelferausbildung und der Krankenpflegefachhelferausbildung zu einer generalistischen Pflegefachhelferausbildung?

**Susanne Kurz**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Stand der Digitalisierung und Veröffentlichung von für die Provenienzforschung relevanten Zugangsbüchern, Unterlagen, Akten, Briefen, etc. aus der Zeit 1933 bis 1945 (bitte Aufschlüsse nach Institution, Art des digitalisierten Materials und ggf. Jahr der Veröffentlichung), wie ist die Einsicht für externe Stellen zu Unterlagen, Materialien, Daten etc. geregelt, die bisher nicht veröffentlicht sind, wie oft riefen Institutionen die Limbach-Kommission seit ihrer Gründung im Jahr 2003 an (bitte aufschlüsseln nach Fällen, in denen die Limbach Kommission insgesamt eingeschaltet wurde und Fällen, in denen ein Antrag durch Dritte an Institutionen herangetragen wurde, aber folgenlos blieb)?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem auch Kinder und Jugendliche, die bis jetzt in Kinderheimen gelebt haben, vor dem Angriffskrieg in der Ukraine fliehen müssen und die Kinder ganzer Gruppen oder Einrichtungen häufig zusammen mit dem betreuenden Personal evakuiert werden und auch bei der Unterbringung nicht getrennt werden sollen, viele dieser Kinder chronisch erkrankt sind oder unterschiedliche Behinderungen aufweisen und somit eine besonders vulnerable Gruppe Schutzbedürftiger darstellen, wobei die Kinder- und Jugendhilfe allerdings in Bayern seit Jahren unter erheblichem Personalmangel leidet, frage ich die Staatsregierung, welche Vorkehrungen trifft das Land Bayern, um die Aufnahme dieser Kinder und Jugendlichen und die Sicherung des Kindeswohls durch die Kinder- und Jugendhilfe zu gewährleisten, welche Planungen bezüglich der zeitnah einzurichtenden und personell passend zu besetzende Landeskoordinierungsstelle gibt es und mit welchen Maßnahmen will das Land Bayern, das System der Kinder- und Jugendhilfe finanziell und personell so unterstützen, dass es diese zusätzlichen Aufgaben angemessen bewältigen kann?

**Christoph Maier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Straftaten durch Ausländer im Landkreis Dillingen an der Donau jeweils in den Jahren 2014 bis 2021 begangen wurden, wie viele Ausländer im Landkreis Dillingen an der Donau ausreisepflichtig sind und wie viele Ausländer im Landkreis Dillingen an der Donau den Status „geduldet“ haben?

**Ferdinand Mang**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welchen Bahnstrecken in Bayern musste am Mittwoch, dem 23.03.2022, aufgrund von Stromknappheit der Güterverkehr eingestellt werden, wie viele Schienengüterzüge waren betroffen (bitte Betreiber angeben) und welche volkswirtschaftlichen Schäden sind durch diese Ausfälle bzw. Verspätungen der Wirtschaft an diesem Tag voraussichtlich entstanden?

**Gerd Mannes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen durchschnittlichen jährlichen Mehrkosten für private Haushalte rechnet sie durch die geplante Novelle des Gebäudeenergiegesetzes, laut welcher der Effizienzstandard 55 im Neubau ab dem 1. Januar 2023 verbindlich festgelegt werden soll, mit welchen jährlichen Mehrkosten für den Landeshaushalt bzw. für den Bundeshaushalt rechnet sie durch die geplante Einführung des „9 Euro/Monat für 90 Tage“-Tickets im bayerischen ÖPNV und wie genau plant sie die bayerische Abhängigkeit von russischem Erdgas im Jahr 2022 zu reduzieren?

**Helmut Markwort**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Kirchengebäuden sie altrechtliche staatliche Verpflichtungen bzw. Baulasten trägt (bitte Liste der Gebäude übermitteln, die sich nach Standort, kircheneigenen/staatseigenen kirchlichen Gebäuden sowie der jeweiligen Kirche untergliedert und ggf. aktive Nutzung der Gebäude angeben), wie sich die Zahl der Kirchengebäude mit staatlicher Baupflicht seit der letzten ORH-Prüfung aus dem Jahresbericht 2005 jährlich verändert hat und welche Kosten für die Ablöse der Baupflichten im Verhältnis zu den Kosten für noch staatlich baupflichtigen Gebäude anfielen bzw. anfallen (bitte möglichst Realisierungsgrad der vom ORH seinerzeit erhofften Kostenersparnis darstellen)?

**Hep Monatzeder**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Akteurinnen bzw. Akteure sollen am partizipativen Erarbeitungsprozess für die BNE-Gesamtstrategie, die das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage „Strukturelle Stärkung und qualitative Weiterentwicklung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in allen Bildungsbereichen“ vom 15.11.2021 ankündigt, konkret beteiligt werden, wie sieht der Zeitplan für die Erarbeitung der BNE-Gesamtstrategie aus und welche zusätzlichen Haushaltsmittel werden für den Strategieprozess eingeplant?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie häufig haben die Gewerbeaufsichtsämter in den vergangenen zehn Jahren eine Sanierung von Asbestzementrohren im Inliner-Verfahren abgelehnt (bitte Auflistung nach Zeitpunkt der Ablehnung, beantragender Kommune sowie Begründung der Ablehnung)?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der Ankündigung des Staatsministers für Wissenschaft und Kunst von vergangener Woche, der Ukrainischen Freien Universität „bis zu 100.000 Euro“ zukommen zu lassen, frage ich die Staatsregierung, Gelder in welcher konkreten Höhe vorgesehen sind, aus welchen Mitteln diese Gelder für die Ukrainische Freie Universität gezahlt werden sollen und ob diese Finanzierung längerfristig fortgeführt werden soll?

**Tim Pargent**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, werden unvorhergesehene Kostensteigerungen (z. B. Baukostensteigerungen) nach der Förderzusage bei der RÖFE-Förderung (RÖFE – Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen) ebenfalls mitgefördert, wie wird mit Kostensteigerungen, die während der Bauphase eines RÖFE-geförderten Projektes eintreten, in Hinblick auf den Fördersatz umgegangen und mit welchen Gesamtkosten (auch die Förderhöhe beziffern) rechnet sie aktuell bei den sog. Frankenwaldbrücken im Landkreis Hof?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Fragestellungen wurden auf dem Familiengipfel der Staatsregierung Anfang März mit den Teilnehmenden diskutiert, welche konkreten Maßnahmen werden aus diesem Gipfel heraus in Angriff genommen und welche Zeitschiene ist hierbei jeweils vorgesehen?

**Julika Sandt**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Frauenhausplätze existieren aktuell in Bayern (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten und nach Plätzen für Frauen und für Kinder), wie viele neue Frauenhausplätze werden derzeit in Bayern geplant (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten sowie nach Plätzen für Frauen und Kinder sowie Zeitpunkt der Inbetriebnahme) und wie viele Frauenhausplätze sind geeignet für die Aufnahme von Frauen, die eine psychotherapeutische Nachsorge benötigen (bitte aufschlüsseln nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten)?

**Jan Schiffers**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Grund will die Staatsregierung für weitere vier Wochen an der Maskenpflicht festhalten, wie erklärt sie, dass weiterhin Masken getragen werden sollen im Hinblick darauf, dass in fast allen Nachbarländern die Maßnahmen aufgehoben wurden und wie erklärt sich die Staatsregierung die hohen Inzidenzwerte, obwohl weiterhin Maskenpflicht und andere Einschränkungen aufrechterhalten wurden?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern wurde in den Fällen von Kirchenasyl, bei denen noch ein Ermittlungsverfahren anhängig ist (Fälle Nr. 3, 4, 8, 9, 11, 25, 26, 29, 33, 34, 37, 42, 43, 44, 52, 53, 55, 56, 57, 60, 61, 70 der Anlage zum Bericht der Staatsregierung Drs. 18/19088) oder in denen ein Strafbefehl beantragt oder eine Anklage erhoben worden ist (Fälle Nr. 45, 46, 47, 51, 54, 65, 66, 67 – alle im Bereich der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg), jeweils konkret gegen die Vereinbarung zwischen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und Kirchen verstoßen, in welchen Fällen wurden Ermittlungen geführt, obwohl die Vereinbarung eingehalten worden ist und in welchen Fällen wurden keine Ermittlungen eingeleitet, obwohl gegen die Vereinbarung verstoßen worden ist?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele zusätzliche Berufsschulklassen zur Integration ukrainischer Jugendlicher haben die Kommunen beantragt (bitte nach Bezirken und Kommunen aufschlüsseln), wie viele davon wurden genehmigt (bitte nach Bezirken und Kommunen aufschlüsseln) und mit wie vielen jugendlichen Geflüchteten, die dem Grundsatz nach über die Berufsschulen integriert und weiterqualifiziert werden könnten, rechnet die Staatsregierung aktuell?

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Versuche bzw. erfolgte Kontaktaufnahmen von (professionellen) Menschenhändlern oder unseriösen Kontaktpersonen mit der aus der Ukraine geflüchteten Frauen und Kindern hat die Polizei seit Kriegsbeginn in Bayern verzeichnet (bitte nach Deliktart und Regierungsbezirk auflisten), wie werden die Geflüchteten vorgewarnt und mit welchen präventiven und polizeilichen Maßnahmen will sie gegen Menschenhandel und (sexuelle) Ausbeutung vorgehen?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist es richtig, dass beim Tod einer Polizeibeamtin bzw. eines Polizeibeamten bei einem Verkehrsunfall – im Dienst bei der Hilfeleistung und Absicherung von Verkehrsteilnehmerinnen bzw. Verkehrsteilnehmer, verursacht durch einen unachtsamen Verkehrsteilnehmerinnen bzw. Verkehrsteilnehmer – die Anordnung von Trauerflor an Polizeifahrzeugen nicht zulässig ist, falls ja, wo ist das festgelegt und ist in Planung diese Regelung zu ändern?

**Anna Schwamberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kooperationsprogramme zwischen Kindergarten und Grundschule hinsichtlich des Schulintritts verpflichtend durchgeführt werden müssen, wie viele Stunden für die Vermittlung der wesentlichen Inhalte und methodischen Verfahrensweisen der jeweils anderen Institution durch Kooperationsbeauftragte vorgesehen sind, und wie sich die Gewichtungsfaktoren beim Übergang von der Kindertageseinrichtung an die Grundschule verändern?

**Gisela Sengl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum sind landwirtschaftliche Betriebe, die von öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften wie Landkreisen, Kommunen oder Bezirken getragen werden, nicht zu einer Teilnahme an der KULAP-Förderung berechtigt, wie viel Fläche ist von diesem Förderausschluss betroffen und inwieweit können die landwirtschaftlichen Flächen, die von öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften bewirtschaftet werden, dem Staatsziel „30 Prozent Ökolandbau bis 2030“ dienen?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchem Grund wurden die Masken des Herstellers Changshu Heng Yun Textile Co. Ltd. aus dem von Alfred Sauter vermittelten Geschäft mit der Lomotex GmbH und Co. KG (PZB Artikel Nr. 346) am 10.02.2022 einer Prüfung unterzogen, warum fand diese Prüfung erst jetzt statt, obwohl die 100 800 Masken bereits am 11.04.2020 geliefert und am 10.07.2020 freigegeben wurden, und wer genau hat diese Prüfung veranlasst bzw. war an der Veranlassung beteiligt?

**Ulrich Singer**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird in Bayern gewährleistet, dass Menschen, die in Bezug auf Coronaimpfungen als impfunfähig gelten, Zutritt zu Örtlichkeiten oder Veranstaltungen bekommen, die den 2G-Regeln unterliegen, welche Kriterien muss ein Impfunfähigkeitsattest bzgl. einer Coronaimpfung in Bayern aufweisen und wie kann sichergestellt werden, dass impfunfähige Menschen nicht durch Willkür oder Unwissenheit der Kontrolleure von Örtlichkeiten oder Veranstaltungen, die den 2G-Regeln unterliegen, ausgeschlossen und damit diskriminiert werden?

**Christoph Skutella**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Kredite der BayernLB an Banken und Unternehmen mit Hauptsitz in Russland seit 2014 pro Jahr waren, zu welchen Zinssätzen diese jeweils vergeben worden sind und in welchem Umfang es bei diesen Krediten pro Jahr zu Ausfällen kam?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem der ORH im Rahmen beratender Äußerungen zur Kunst am Bau im Staatlichen Hochbau Feststellungen und Empfehlungen abgegeben hat, frage ich die Staatsregierung, in welchem Umfang zwischenzeitlich eine Inventarisierung des Bestandes stattgefunden hat, um ein gesamtbayerisches digitales Verzeichnis zu erstellen, bis wann diese gegebenenfalls abgeschlossen ist und wie die Einführung eines virtuellen Museums „Kunst am Bau“ bewertet wird?

**Dr. Dominik Spitzer**  
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Häufigkeit sollen Geflüchtete nach ihrer Ankunft auf Corona getestet werden (bitte auch jeweilige zu verwendende Tests angeben), von wem werden die entsprechenden Testungen durchgeführt und wie gestaltet sich das Infektionsgeschehen in Einrichtungen für Geflüchtete?

**Diana Stachowitz**  
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass in den letzten Wochen bereits einige Tausend ukrainische Geflüchtete in Deutschland und Bayern angekommen sind und insgesamt laut Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann bis zu 100 000 Schutzsuchende in Bayern erwartet werden, frage ich die Staatsregierung, wie der Zugang zur Bildung für die Ankommenden aus der Ukraine (mit und ohne ukrainischem Pass) konkret sichergestellt wird und welche Bemühungen es seitens der Staatsregierung im Detail gibt, sodass auch Geflüchtete aus der Ukraine die öffentlichen Verkehrsmittel in Bayern nutzen können, die aus diversen Gründen keinen ukrainischen Pass vorweisen können?

**Rosi Steinberger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, hält die Staatsregierung die drei Eckpfeiler der guten fachlichen Praxis des Pflanzenschutzes (Zulassung der Pflanzenschutzmittel, geprüftes Pflanzenschutzgerät und sachkundiger Anwender) vor allem in Karstgebieten für ausreichend, wenn sogar das Umweltbundesamt feststellt, dass nach geltender Rechtslage Pestizide in Deutschland Zulassungen bekommen, obwohl sie nach wissenschaftlichen Erkenntnissen der Umwelt schaden?

**Dr. Simone Strohmayer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele unbegleitete Flüchtlinge aus der Ukraine sind bislang in Bayern eingetroffen (bitte nach Regierungsbezirken aufgeschlüsselt angeben), wie werden diese Kinder und Jugendlichen betreut und gibt es schon ein Konzept für eine Familienzusammenführung?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann wird das Maßnahmenpapier zum Ausbau der Windkraft und der erneuerbaren Energien in Bayern, welches sie bis Ende März 2022 nach der Ankündigung im Rahmen der gemeinsamen Pressekonferenz am 20.01.2022 von Bundesminister für Wirtschaft und Energie Robert Habeck und Ministerpräsident Dr. Markus Söder vorlegen wollte, an das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz versendet, wo ist es öffentlich einsehbar und welche Veränderungen für den Ausbau der Windkraft und der erneuerbaren Energien sind darin enthalten?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Regierungsbezirken ist das Kontingent für Drittkräfte ausgeschöpft, beabsichtigt sie weitere Mittel im Laufe dieses Schuljahrs bereitzustellen – auch im Hinblick auf die Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine – wenn ja, in welcher Höhe?

**Hans Urban**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird die im deutschen Strategieplan zur Umsetzung der GAP ab 2023 erwähnte Existenzgründungsbeihilfe konkret in Bayern umgesetzt, mit wie viel Geld (unterteilt nach Landes-, Bundes- und EU-Mitteln) wird die Existenzgründungsbeihilfe gefördert und wie hat sich dieses Beihilfeprogramm in der aktuellen GAP-Förderperiode entwickelt?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien hat die Staatsregierung die Auswahl der Verbände getroffen, die zum „Familiengipfel“ am 8. März 2022 eingeladen worden waren, welche konkreten Gründe sprachen aus Sicht der Staatsregierung für die Teilnahme der Bayerischen Landesgruppe „Initiative Familien“, und wie bewertet sie diese Initiative, der in jüngster Zeit zunehmend eine deutliche Nähe zur sogenannten „Querdenkerbewegung“ zugesprochen worden ist, weil sie ihre Verlautbarungen und Social-Media-Aktivitäten zielgerichtet allein auf Quellen stützt, die die Infektionsdynamik der Coronapandemie für Kinder und Familien verharmlost?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen bzw. Schüler ohne Förderbedarf besuchen aktuell Förderschulen mit dem Profil Inklusion (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten angeben)?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kommunen in Bayern erheben aktuell eine Kurtaxe für Tagesgäste, was ergab die in der Süddeutschen Zeitung vom 17.12.2020 angekündigte Überprüfung der Rechtskonformität einer solchen Tagespauschale durch das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration und welche Möglichkeiten haben Tourismusorte, die keine Kurorte sind, eine Abgabe für Tagestouristinnen bzw. Tagestouristen einzuführen?